

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amliches Publikationsorgan

80 Rp.

AKTUELL

Weiterer Aufschwung

Bern (AP) Der verstärkte konjunkturelle Aufschwung hat sich im zweiten Quartal dieses Jahres auch auf die Industrieproduktion ausgewirkt. Die sich weiter aufhellende Konsumentenstimmung belebte die Nachfrage nach Konsumgütern, und trotz tiefem Dollarkurs dominierte im Investitionsgüterbereich die Auslandsnachfrage, wie das BFS am Dienstag mitteilte. Die Industrieproduktion stieg gemäss Angaben des Bundesamtes für Statistik (BFS) gegenüber dem zweiten Quartal 1993 um zehn Prozent. Etwas weniger stark legte die Holz- und Papierindustrie zu.

Zwei Prozent mehr Autos

Bern (AP) Auch im Monat August sind in der Schweiz mehr Autos verkauft worden als im Vergleichsmonat des letzten Jahres. Mit einer Zunahme von 2,0 Prozent auf 17371 Neuwagen schwächte sich das Wachstum im Vergleich zu den Vormonaten aber ab, wie aus der jüngsten Statistik der Vereinigung Schweizerischer Automobil-Importeure (VSAI) hervorgeht. In den ersten acht Monaten dieses Jahres setzte die Automobilwirtschaft insgesamt 198.166 Neuwagen ab. Das sind 5,0 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum letzten Jahres.

Gegen Heroinabgabe

Bern (AP) Die SVP hält an ihrer repressiven Drogenpolitik fest und lehnt die kontrollierte Heroinabgabe ab. Der Staat mache sich unglaubwürdig, wenn er einerseits Drogen verschreibe und andererseits deren Konsum verbiete, hält die SVP in ihrem am Dienstag publizierten Drogenkonzept fest.

Die Deutschschweiz müsse sich an der restriktiveren Drogenpolitik der Romand orientieren. Die «heutigen katastrophalen Verhältnisse» am Letten seien das Resultat einer falschen, liberalen Drogenpolitik, wie sie der Stadt- und Gemeinderat von Zürich seit Jahren praktiziere, sagte die Zürcher SVP-Nationalrätin Lisbeth Fehr.

Elf neue Rote Listen

Bern (AP) Im Sinne von Warnsignalen hat das BUWAL elf neue Rote Listen von gefährdeten Tierarten publiziert. Zu diesen Gruppen gehören Fledermäuse, Heuschrecken, Bienen und Ameisen, wie aus dem am Dienstag vorgestellten Sammelband «Rote Listen der gefährdeten Tierarten der Schweiz» hervorgeht. Insgesamt sind fast die Hälfte aller Tierarten gefährdet.

Neu: Mit Airbags für Fahrer und Beifahrer.



Lassen Sie sich jetzt vom neuen 94er Range Rover verwöhnen. Er bietet Ihnen mit seiner neuen Innen-Ausstattung höchsten Komfort. Und mit den 2 US-Fullsize-Airbags den höchsten Sicherheitsstandard seiner Klasse.

Garage Max Deck
9494 Schaan Tel. 075/232 6265/66
RANGE ROVER

Aussenministerin: «Gerne würden wir sehr viel Neues berichten»

Seit Monaten gelangen nur spärliche Informationen über die EWR-Verhandlungen an die Öffentlichkeit – Wie wird der Landtag informiert?

(G.M.) – Fast gehört es schon zur Tradition, dass die Regierung bei jeder Landtagssitzung über den Stand der EWR-Verhandlungen informiert. Auch anlässlich der Sitzung von heute Mittwoch und morgen Donnerstag will Aussenministerin Dr. Andrea Willi über den «Stand der Integrationsbestrebungen im Zusammenhang mit dem EWR-Beitritt» das Informationsbedürfnis der Parlamentarier befriedigen. Aufgrund der bisherigen Informationspolitik der Regierung stellt sich allerdings die Frage, ob wirklich etwas berichtet wird, was nicht schon längst vorher den Medien entnommen werden konnte. Am Willen der Regierung zur Information fehlt es wahrscheinlich nicht, denn Aussenministerin Willi erklärte schon im Februar-Landtag: «Gerne würden wir sehr viel Neues berichten. Die Zeit jedoch ist knapp, denn noch in diesem Jahr soll die zweite Volksabstimmung stattfinden.

Optimismus verbreitete die Regierung in der Landtagssitzung vom 21. April, als Aussenministerin Dr. Andrea Willi den Abgeordneten im Zusammenhang mit der Integrationspolitik verkündete: «Ich kann Ihnen Erfreuliches aus Brüssel berichten». Inzwischen sind fast fünf Monate vergangen, doch an Substantiellem verlaute weder aus Brüssel noch aus dem Regierungsgebäude etwas Neues. Weil die zeitliche Vorstellung besteht, dem EWR auf den 1. Januar 1995 beizutreten, dürfte die Zeit etwas knapp werden, zumal nicht nur die EU-Staaten ihre Zustimmung geben müssen, sondern auch die Verhandlungen mit der Schweiz über die Änderung des Zollvertrages sowie das innerstaatliche Verfahren für die Volksabstimmung über die Bühne gehen müssen.

Hoffnungen verbreitet

Zum gleichen Zeitpunkt, als Aussenministerin Willi über die Erfreulichkeiten aus Brüssel berichtete, gab sie auch ihre Vorstellung über den «Fahrplan» in Sachen EWR bekannt. «Es ist nicht auszuschliessen», verbreitete sie die Hoffnungen der Regierung, «dass wir dem Landtag noch im Sommer einen Bericht unterbreiten, wo wir dann den Zeitplan genauer definieren können. Und es ist weiterhin nicht ausgeschlossen, dass wir im Herbst das Ratifikationsverfahren einleiten, so dass es denkbar ist, dass wir am 1. Januar 1995 EWR-Mitglied sein könnten». Der Bericht steht noch aus, die Einleitung des Ratifikationsverfahrens noch in weiter Ferne, weil die dafür notwendigen Vorentscheidungen der EWR-Partner noch nicht vorliegen.

Der Regierung ist jedoch nicht nur die Aufgabe aufgetragen, über den effektiven Stand der Verhandlungen zu berichten, sondern sich auch mit der Zukunft des EWR zu befassen. Sofern die skandinavischen Länder (nach Österreich) in

den nächsten Wochen in Volksabstimmungen den EU-Beitritt beschliessen, werden nur noch Island und Liechtenstein als EWR-Mitglieder übrig bleiben. Nachdem Island vor kurzem sein Interesse an einer EU-Mitgliedschaft bekundete, stellt sich die Frage, ob der EWR zu einem bilateralen Vertrag zwischen EU und Liechtenstein wird oder ob der EWR nicht gänzlich auf der Strecke bleibt. Derartige Szenarien müsste die Regierung derzeit mit ins Kalkül ziehen, wenn sie weiterhin den Anspruch stellt, die Bevölkerung laufend über den EWR-Stand zu informieren.

Verunsicherung macht sich breit

Wenn der «Fahrplan» der Regierung eingehalten werden soll, dann müsste spätestens in drei Monaten die zweite Volksabstimmung in unserem Land stattfinden. Einigkeit herrscht bei Diskussionen in der Bevölkerung aber derzeit noch nicht darüber, über was eigentlich abgestimmt werden soll. Dem EWR-Beitritt hat Liechtenstein grundsätzlich zugestimmt, meinen die einen, während die anderen nur über ein Verhandlungsmandat abgestimmt haben wollen. Eine Klärung dieser Frage würde zum jetzigen Zeitpunkt gut tun, zumindest könnte die sich breit gemachte Verunsicherung über einen der wesentlichsten Schritte in der Aussenpolitik unseres Landes abgebaut werden. Solange jedoch die Regierung

nur über «Erfreuliches aus Brüssel» berichtet, Hoffnungen über das Verhandlungsergebnis verbreitet und keine konkrete Angaben über den tatsächlichen Sachverhalt macht, darf keine Verwunderung über eine weitergehende Verunsicherung entstehen.

Alternativen nach allfälligem Nein?

Die Regierung blickt der zweiten Volksabstimmung offenbar mit Gelassenheit entgegen, obwohl die erste Abstimmung zwar ein deutliches Mehr, aber keine überwältigende Mehrheit erbrachte. «Hat die Regierung Ideen oder Szenarien, was passiert, wenn dieser EWR vom Volk nicht angenommen würde?» fragte der FDP-Abgeordnete Dr. Guido Meier in der April-Sitzung des Landtags, ohne eine konkrete Antwort zu erhalten. Unbeantwortet von der Regierung blieb auch die Frage, was mögliche Alternativen nach einem EWR-Nein wären.

Diese Fragen stehen immer noch, knapp fünf Monate später, im Raum. Die Regierung ist deshalb unter Erklärungsdruck geraten, wie sie sich die kommenden Schritte vorstellt: Stand der Verhandlungen mit Brüssel, Vorgehen mit der Schweiz, innerstaatliche Verfahren für die Volksabstimmung, Zukunft der EFTA und Weiterbestand des EWR – das sind Stichworte dazu. Im Landtag hat sie die Möglichkeit, sofern sie diese Chance nützt.

Konzessionserteilung für «Radio L»?

Heute oder morgen fällt im Landtag die Entscheidung über Radio



Über die Erteilung der Konzession an «Radio L» wird der Landtag heute Mittwoch oder morgen Donnerstag endgültig entscheiden, nachdem die Regierung die Konzession bereits erteilt hat. (Archivbild)

(G.M.) – Kann «Radio L» bald auf Sendung gehen? Diese Frage wird der Landtag am Mittwoch oder Donnerstag beantworten, denn ihm liegt das Konzessionsgesuch zur endgültigen Entscheidung vor. Die Regierung hat ihre Entscheidung bereits am 16. August 1994 getroffen.

Dem Landtag liegt ein dreifacher Antrag in Sachen «Radio L» vor. Einerseits geht es um die Zustimmung für die Konzessionserteilung an die Radio-TV AG, andererseits um einen Verpflichtungskredit in Höhe von 950 000 Fr. für die Errichtung von Sendeanlagen, der Studioerschliessung und dem Bau eines UKW-Umsetzers. Schliesslich ersucht die Regierung den Landtag um Zustimmung, dass die erforderlichen Mittel aus dem Medienfonds entnommen werden können.

FL-Sender mit regionalem Charakter

Nach dem Konzessionsgesuch versteht sich «Radio L» als ein liechtensteinerischer Sender, der jedoch in der Region Liechtenstein-St. Galler Rheintal-Vorarlberg eine Nische füllen möchte. Nach statistischen Zahlen kann in dem von der Radio-TV AG anvisierten Sendebereich von einer Bevölkerungszahl von etwa 280 000 Einwohner ausgegangen werden. Diese potentielle Hörerschaft soll mit einer gut durchdachten Musikmischung, einem

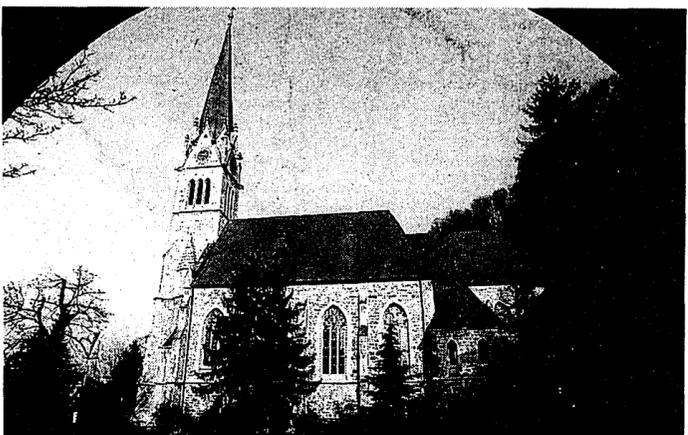
klar definierten Musikstil, während den Tagesstunden unterhalten und dazu gebracht werden, dauernd «Radio L» eingeschaltet zu haben. Schwerpunkt jedoch bildet nach dem Programmkonzept eine eigenständige Nachrichtenredaktion, die für Liechtenstein und die Region die Neuigkeiten verbreitet. Die Eigenständigkeit und die Qualität des Senders soll vor allem mit diesen Nachrichtenredaktionen unterstrichen werden. «Ein Lokalradio muss bezüglich seiner Informationsleistung ein Unentbehrlichkeitsgefühl vermitteln», heisst es in den Programmsätzen, «es muss in Kürze das wichtigste Geschehen auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene wiedergeben».

Finanzierung durch Werbeeinnahmen

«Radio L» hat sich über Werbeeinnahmen zu finanzieren. Die Bestimmungen über Ausmass und Inhalt der Werbeeinnahmen sind mit denjenigen schweizerischer Lokalradiosender vergleichbar. Gemäss dem Konzessionsbericht der Regierung soll «Radio L» als Privatsender konzipiert werden und bleiben, weshalb es die Regierung abgelehnt hat, sich als Aktionär an der Radio-TV AG zu beteiligen. Hingegen beschloss die Regierung Unterstützungsmaßnahmen bei der Beschaffung der Investitionen für den Betrieb des Senders.

Mehr Staatsbeitrag für Landeskirche

Regierung beantragt dem Landtag Aufstockung auf jährlich 600 000 Fr.



Die Regierung unterbreitete dem Landtag einen Antrag zur Erhöhung des Staatsbeitrags an die römisch-katholische Landeskirche, die in Zukunft jährlich 600 000 Fr. erhalten soll. (Archivbild)

(G.M.) – Sofern der Landtag seine Zustimmung erteilt, erhält die römisch-katholische Kirche als liechtensteinische Landeskirche künftig einen Staatsbeitrag von 600 000 Fr. jährlich. Die Regierung unterbreitete dem Parlament einen Vorschlag zur Aufstockung um 100 000 Fr. gegenüber dem bisherigen Beitrag, der seit 1988 in der Höhe von 500 000 Fr. ausgerichtet wurde.

«Der Staat richtet für kirchliche Zwecke, soweit sie überparochialer Natur sind», legt das Gesetz von 1987 über die Ausrichtung von Beiträgen fest, «an die römisch-katholische Kirche einen jährlichen Beitrag aus». Damals wurde ein Staatsbeitrag in Höhe von 500 000 Fr. pro Jahr mit Gesetz fixiert.

Auch Gemeinden erhöhten

Wie die Regierung in ihrem Bericht an den Landtag schreibt, ist das Dekanat bereits 1992 an die Regierung mit dem Wunsch herangetreten, dass der Landesbeitrag an die römisch-katholische Kirche erhöht werden sollte. Die Regierung habe damals zumindest eine teuerungsbedingte Anpassung des Landesbeitrags in Aussicht gestellt, sofern auch die Gemeinden ihre jährlichen Beiträge an das Dekanat erhöhten. Dieser Vorstellung haben die Gemeinden Ende 1993 entsprochen, als sie mit dem Dekanat eine Vereinbarung abschlossen, wonach

sich die Gemeinden unter anderem verpflichteten, dem Dekanat einen jährlichen Beitrag von 185 000 Fr. auszurichten.

Aufgrund dieses Sachverhalts hält die Regierung eine Erhöhung des Landesbeitrags von 500 000 auf 600 000 Fr. pro Jahr gerechtfertigt. Die erhöhte Summe ist nach Angaben der Regierung bereits im Landesvoranschlag 1994 berücksichtigt worden.

Den Wunsch nach Erhöhung des Staatsbeitrags begründet das Dekanat nach Angaben der Regierung mit den seit 1987 vielfältiger gewordenen Aufgaben der Kirche.

BANK
L
1891

Jeden Mittwoch bis 18.00 Uhr geöffnet

Wir sind für Sie da. Ihre Landesbank